

## TOP 3.7.4 Europäisches Semester / Jahreswachstumsbericht 2015

### 1. Beschreibung der Problematik

Im Jahreswachstumsbericht (JWB) für 2015 legt die neue Kommission unter Jean Claude Juncker die wesentlichen Punkte ihrer neuen Agenda für Beschäftigung und Wachstum vor. Die Kommission empfiehlt, dass sich die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU im Jahr 2015 auf drei Säulen stützt: 1) Investitionsimpulse, 2) erneutes Engagement für Strukturreformen und 3) verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Zusätzlich soll das Europäische Semester gestrafft werden. Der JWB leitet das Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik ein. Ausgehend vom JWB wird der Europäische Rat auf seiner Tagung im März 2015 die wirtschaftspolitischen Prioritäten festlegen. Danach werden die Mitgliedstaaten ihre Reformprogramme (Wirtschaftspolitik) sowie die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (Haushaltsplanung) an die Kommission übermitteln (Mitte April 2015).

### 2. Konkrete Vorschläge

Ein koordinierter Investitionsschub: Die Kommission weist darauf hin, dass Europa dringend einen Investitionsschub benötigt. Im JWB stellt die Kommission nochmals die Eckdaten ihres Investitionsprogramms für Europa vor.

Erneutes Engagement für Strukturreformen: Nach dem Schwerpunkt auf Krisenbekämpfungsmaßnahmen müssen laut Kommission nunmehr Strukturreformen wieder entschlossen angegangen werden. Auf **EU-Ebene** zielt die Kommission primär auf die Vertiefung des Binnenmarkts für Waren und Dienstleistungen, die sie als Strukturreform „par excellence“ bezeichnet. Dazu müssen insbesondere verbleibende rechtliche und sonstige Hindernisse in den Bereichen Energie, Telekommunikation, Verkehr und Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen aus dem Weg geräumt werden. Einen besonderen Schwerpunkt legt sie auf den digitalen Binnenmarkt und den Bürokratieabbau auf europäischer und nationaler Ebene im Rahmen der Agenda für bessere Rechtsetzung (REFIT). Auf Ebene der **Mitgliedstaaten** empfiehlt die Kommission, sich auf eine Reihe von Schlüsselreformen mit folgenden Zielen zu konzentrieren: dynamischere Arbeitsmärkte und Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit, leistungsfähige und adäquate Renten- und Sozialschutzsysteme, flexiblere Waren- und Dienstleistungsmärkte, bessere Investitionsbedingungen für Unternehmen und bessere Investitionen in Forschung und Innovation sowie effizientere öffentliche Verwaltungen in Europa.

Verantwortungsvolle Fiskalpolitik: Grundsätzlich hält die Kommission am Stabilitäts- und Wachstumspakt fest, wenngleich dargestellt wird, dass dieser auch Flexibilität vorsieht. Positiv ist, dass die Kommission Mitgliedstaaten mit ausreichendem Handlungsspielraum dazu aufruft, diesen zur Ankurbelung der Binnennachfrage auch auszunutzen. Die Steuersysteme müssen fairer und effizienter werden. Zudem gilt es, entschlossen gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung vorzugehen.

### 3. Position/Forderung der AK

Die AK hält in ihrer Stellungnahme zum Jahreswachstumsbericht zusammenfassend fest, dass sich leider auch diesmal – trotz einiger durchaus positiver Ansätze, insbesondere das Bekenntnis zur Not-

wendigkeit eines koordinierten Investitionsschubs – kein grundlegender Kurswechsel in Richtung eines neuen europäischen Wachstums- und Verteilungsmodells ableiten lässt, wie wir dies zur Überwindung der Krise aus unserer Sicht wiederholt eingefordert haben. Zu den wesentlichen Kritikpunkten gehören:

- Der JWB ist das zentrale EU-Dokument, das jeweils den jährlichen Zyklus des Europäischen Semesters einläutet. Insofern sollte in diesem auch eine der wichtigsten Herausforderungen – die Bekämpfung der nach wie vor exorbitant **hohen Arbeitslosigkeit** und die Bewältigung der **sozialen Folgen der Krise** – als politische Priorität klar hervorgehoben werden. Die Einbettung in die von der Kommission vorgeschlagenen drei Säulen – Investitionsförderung, Strukturreformen und Fiskalpolitik – wird dieser Herausforderung nicht gerecht.
- Die AK kritisiert, dass die Kommission bei ihrem von der Leitidee her begrüßenswerten Investitionspaket zum Großteil **nur auf private Investitionen** zielt und die Notwendigkeit einer massiven Ausweitung der öffentlichen Investitionen ausblendet. Solange die Fiskalregeln nicht gelockert werden und öffentliche Zukunftsinvestitionen bei der Defizitberechnung nicht herausgenommen werden (**Goldene Investitionsregel**), wird der erhoffte Investitionsschub nicht eintreten.
- Wir vermissen eine klare Verknüpfung des JWB mit den **Europa 2020-Zielen**.
- Die wachsende **soziale Ungleichheit** ist im JWB kein Thema, obwohl mittlerweile selbst die OECD feststellt, dass in vielen OECD-Ländern die Kluft zwischen Arm und Reich enorm angewachsen ist und das Wirtschaftswachstum bremst.
- Eine Möglichkeit, die wachsende Ungleichheit wirksam zu bekämpfen und gleichzeitig Wachstum zu fördern, liegt in der **Lohnpolitik**. Noch im letztjährigen JWB hat die Kommission zumindest am Rande den Zusammenhang von Lohnentwicklung und Gesamtnachfrage thematisiert. Im aktuellen JWB spricht sie nur mehr von der Flexibilisierung der Reallöhne, ua durch eine Dezentralisierung der Lohnverhandlungen. Damit werden keine Wachstumsimpulse ausgelöst!
- Auffallend ist, dass die Kommission unter dem Begriff „Strukturreformen“ mittlerweile fast alle wesentlichen Politikbereiche integriert. Dabei fehlt eine eindeutige Definition dessen, was Strukturreformen sind. Die **Beliebigkeit des Begriffs „Strukturreformen“** einerseits, und die neoliberale Ausrichtung vieler von der Kommission vorgeschlagener Strukturreformen andererseits, sind für uns ein Grund mehr, die Aufwertung der Rolle der Kommission bei der Implementierung und Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen entschieden abzulehnen, wie dies im JWB vorgeschlagen wird. Wir sprechen uns in diesem Zusammenhang auch nochmals klar und deutlich **gegen konkrete verbindliche Mechanismen (Stichwort: Wettbewerbspakte)** aus, die den Weg für solche Durchgriffsrechte ebnen sollen.
- Erneut kritisch äußert sich die AK zum sogenannten **REFIT-Programm**. Regelungen zum Schutz der Beschäftigten und KonsumentInnen dürfen nicht unter dem Deckmantel der Reduktion von Verwaltungslasten ausgehöhlt oder abgeschafft werden.
- Ebenso wird von Seiten der AK einer systematischeren Verknüpfung des gesetzlichen **Pensionsantrittsalters** mit der Lebenserwartung erneut eine klare Absage erteilt.
- Ausdrücklich begrüßt wird der Vorschlag der Kommission, den **Faktor Arbeit steuerlich zu entlasten** und den Schwerpunkt von der Besteuerung der Arbeit auf weniger wachstumshemmende Steuerarten zu verlagern, wobei – wie die Kommission mit Recht anmerkt – auch die mögliche Verteilungswirkung zu berücksichtigen ist.